



Recht auf einen Studienplatz endlich einlösen

Pressemitteilung von Nele Hirsch, 28. Februar 2007

Zu den heutigen Verhandlungen der Kultusministerkonferenz zur Neuordnung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen zu einer zentralen Service- und Beratungsstelle für Studieninteressierte und Hochschulen erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Nele Hirsch:

Wer eine Zugangsberechtigung für Hochschulen besitzt, hat auch Anspruch auf einen Studienplatz. So einfach ist das. Bund und Länder reduzieren dieses Recht aber immer mehr auf den Anspruch zur Teilnahme an einem Auswahlverfahren. Das ist ein bildungspolitischer Irrweg und verfassungsrechtlich äußerst bedenklich.

Wenn Bund und Länder ernsthaft die Studierendenquote erhöhen wollen, müssen sie Zugangshürden abbauen statt neue Barrieren zu errichten. In Auswahlgesprächen der Hochschulen können vor allem Jugendliche aus akademischem Elternhaus glänzen. Jugendliche aus einkommensschwachen Schichten sind an den

Hochschulen schon heute mit nur rund 10 Prozent der Studierenden vertreten. Durch verschärfte Auswahlverfahren würden sie noch stärker von der Aufnahme eines Studiums abgehalten. Statt die Kultusministerkonferenz im Ausbau von Zulassungshürden zu unterstützen, muss die Bundesregierung selbst aktiv werden und ein bundesweites Hochschulzulassungsgesetz vorlegen. Um die soziale Ungleichheit an den Hochschulen abzubauen, müssen außerdem noch in diesem Jahr die BAföG-Sätze um mindestens zehn Prozent erhöht werden.